

Rekord-Spritpreis gefährdet Jobs



dpa

Ein Liter Benzin kostete im bundesweiten Durchschnitt erstmals 1,60 Euro.

Ein Liter Benzin kostet jetzt bundesweit mehr als 1,60 Euro / Spediteure, Taxifirmen und Busunternehmer rechnen mit Arbeitsplatzabbau / VW verzichtet auf Bau des Pick-up
Peter Kirnich

BERLIN. Die stetig steigenden Benzinkosten in Deutschland gefährden bundesweit Tausende von Arbeitsplätzen. Vor allem bei Lkw-Spediteuren, im Taxi-Gewerbe und bei Busgesellschaften sowie Kurierdiensten wächst die Sorge vor einem drastischen Stellenabbau. Die Preise für Benzin und Diesel in Deutschland waren am Freitag auf einen neuen Rekordstand gestiegen. Ein Liter Benzin kostete im bundesweiten Durchschnitt erstmals 1,60 Euro. Gleichzeitig stieg der Dieselpreis nach einer von Shell angeführten Preistrunde auf 1,56 Euro je Liter, teilten Sprecher der Mineralölwirtschaft mit.

„In unserer Branche sind rund 3 000 Speditionen mit 30 000 Arbeitsplätzen akut gefährdet“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung, Karlheinz Schmidt, am Freitag der Berliner Zeitung. „Die Unternehmen sind wohl nicht mehr zu retten, selbst wenn der Ölpreis plötzlich deutlich sinken sollte.“ Sie seien vor allem auf Grund der hohen Benzinpreise erheblich unter Kostendruck geraten. „Der Diesel-Preis ist innerhalb der vergangenen zwölf Monate um mehr als 30 Prozent gestiegen. Das macht rund acht Prozent der Gesamtkosten für die Spediteure aus“, sagte Schmidt.

Bisher seien die Kosten in Form höherer Preise auf die Kunden abgewälzt worden. „Viele von ihnen akzeptieren jetzt aber keine Preiserhöhungen mehr“, sagte Schmidt. Die Folge: Die Spediteure geraten in Zahlungsnot. Insgesamt beschäftigt die Branche rund 600 000 Mitarbeiter. **Im Taxigewerbe sind nach Angaben des Taxi- und Mietwagenverbandes die Jobs von bis zu 50 000 der rund 200 000 Fahrer bedroht.** Die Bus-Unternehmer haben wegen der drastisch gestiegenen Treibstoffpreise Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) um Hilfe gebeten. „Die 5 500 mittelständischen Bus-Unternehmen und ihre 100 000 Beschäftigten befinden sich in einer noch nie da gewesenen Existenzkrise“, schrieb der **Omnibusverband bdo** an die Kanzlerin.

Als Hilfe schlug der Verband **eine „Klimadiesel-Steuerrückvergütung“** vor. Damit solle der **Differenzbetrag zwischen dem hohen deutschen Dieselpreis und dem Mindestpreis in der EU erstattet** werden können. Auch die Autoindustrie bleibt von den hohen Benzinpreisen nicht verschont: Volkswagen hat gestern angekündigt, auf den Bau des geplanten Pick-up in Hannover zu verzichten. „Die Rahmenbedingungen für das Fahrzeug haben sich radikal geändert und sind nicht mehr dazu geeignet, es wie geplant auf den Markt zu bringen“, sagte ein VW-Sprecher der Berliner Zeitung. „Eine Analyse hat ergeben, dass der Markt keine ausreichende Stückzahl“ für das schwere Fahrzeug mit großer Ladefläche herbeibringen kann.

Ausschlaggebend seien vor allem die Benzinpreise. Aber auch die kräftig steigenden Preise für Stahl dürften dazu beigetragen haben, dass VW die Notbremse zog. Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie hat sich der Preis für Warmbreitband seit Dezember 2007 um 58 Prozent erhöht. Rund 700 der 13 000 VW-Beschäftigten in Hannover sollten den Geländewagen bauen. Ein Gewinner des Spritpreis-Booms könnte die Bahn sein. Seit Jahresbeginn hat die Deutsche Bahn rund 20 Millionen Fahrgäste hinzugewonnen. „Viele sind auf Grund der hohen Benzinpreise vom Auto in den Zug umgestiegen“, hieß es.